

Information zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beim Rechts- und Ordnungsamt, Abteilung Ordnung und besonderes Polizeirecht gemäß Artikel 13 und 14 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)



Stand: 07/2025

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Landratsamt Göppingen vertreten durch Landrat Markus Möller
Lorcher Straße 6, 73033 Göppingen

Ansprechpartner Rechts- und Ordnungsamt, Abteilung Ordnung und besonderes Polizeirecht:

Lorcher Straße 6, 73033 Göppingen
Telefon: 07161 202-5150
Fax: 07161 202-5190
E-Mail: ordnungsamt@lkgp.de

Datenschutzbeauftragter des Landratsamts Göppingen:

Lorcher Straße 6, 73033 Göppingen
Telefon: 07161 202-1077
Fax: 07161 202-1390
E-Mail: datenschutz@lkgp.de

Zweck der Datenverarbeitung und Rechtsgrundlagen:

Bei der Wahrnehmung unserer gesetzlichen Aufgaben verarbeiten wir auch personenbezogene Daten. Die Datenverarbeitung erfolgt insbesondere zu folgenden Zwecken:

- zur Bearbeitung von Anzeigen für Aufzüge und Versammlungen
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Einbürgerung
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung einer Gaststättenerlaubnis
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung einer Stellvertretererlaubnis nach Gaststättengesetz
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung einer Reisegewerbekarte
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung einer Spielhallenerlaubnis

- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen zur Festsetzung von Märkten, Messen und Ausstellungen
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung vom Sonn- und Feiertagsgesetz
- für die Prüfung der Voraussetzungen für Gewerbe- bzw. Handwerksuntersagungen
- zur Durchführung der Heimaufsicht
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Namensänderungen
- zur Durchführung der Standesamtsaufsicht
- für die Ausführung des Prostituiertenschutzgesetzes
- für die Prüfung der Voraussetzungen für eine Unterbringung nach dem Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz
- zur Bearbeitung und Prüfung von Anträgen auf Erteilung von Erlaubnissen nach dem Sprengstoff- und Waffengesetz

Wir erheben nur die Daten, die zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind. Wir geben Daten von Ihnen nur dann weiter, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) bzw. Artikel 9 Absatz 2 Buchstaben g), h) und i) EU-DSGVO, § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) in Verbindung mit dem jeweiligen Fachrecht. Soweit Daten von Ihnen mit Ihrer Einwilligung verarbeitet werden, ist Rechtsgrundlage Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a) EU-DSGVO.

Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten:

Die Nichtbereitstellung der Daten hat zur Folge, dass Ihr Antrag oder Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden bzw. eine Beratung nur eingeschränkt erfolgen kann.

Dauer der Datenspeicherung:

Ihre Daten werden grundsätzlich nur solange gespeichert, wie sie zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben erforderlich sind und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Maßgebend für die Speicherfristen, die unterschiedlich lang sein können, sind die Vorgaben der Fachgesetze oder sie bestimmen sich nach sonstigen Regelungen über die Aufbewahrungspflichten.

Ihre Rechte:

Als Betroffener haben Sie das Recht, über die zu Ihnen erhobenen und gespeicherten Daten und deren Verarbeitung Auskunft ggf. eine Korrektur bzw. Löschung von Unrichtigkeiten bzw. bis zu einer entsprechenden Klärung eine

Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Weiter können Sie unter den in Artikel 21 EU-DSGVO genannten besonderen Voraussetzungen Widerspruch gegen die Verarbeitung als Ganzes einlegen. Soweit Ihre Daten auf Grundlage einer Einwilligung von Ihnen verarbeitet werden, können Sie diese Einwilligung nach Artikel 7 Absatz 3 EU-DSGVO jederzeit widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt hiervon unberührt. Gemäß Artikel 77 EU-DSGVO haben Sie das Recht, sich an die zuständige Aufsichtsbehörde zu wenden, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer Daten gegen die Datenschutzgrundverordnung verstößt. Zuständige Aufsichtsbehörde in unserem Fall ist der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Lautenschlagerstraße 20 in 70173 Stuttgart, Postfach 10 29 2, 70025 Stuttgart, Telefon: 0711/615541-0, Fax 0711 615541-15, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de.

**Falls Sie noch Fragen haben, sprechen Sie uns an!
Gerne helfen wir weiter.**

Landratsamt Göppingen, Rechts- und Ordnungsamt - Abteilung Ordnung und besonderes Polizeirecht, Lorcher Straße 6, 73033 Göppingen, Telefon 07161 202-5150,
E-Mail: ordnungsamt@lkgp.de